

## Verfahrensgang

**OLG Köln, Urt. vom 12.05.2016 – 8 U 44/15, [IPRspr 2016-241](#)**

## Rechtsgebiete

Zuständigkeit → Gerichtsbarkeit

## Rechtsnormen

2198/1994 StaatsanleihenG (Griechenland) **Art. 5 f.**; 2198/1994 StaatsanleihenG (Griechenland) **Art. 6**;  
2198/1994 StaatsanleihenG (Griechenland) **Art. 8**

2915/2001 ZGB (Griechenland) **Art. 321**

EGBGB **Art. 6**

EUGVVO 44/2001 **Art. 1**; EUGVVO 44/2001 **Art. 2**; EUGVVO 44/2001 **Art. 5**; EUGVVO 44/2001 **Art. 15**;  
EUGVVO 44/2001 **Art. 15 f.**; EUGVVO 44/2001 **Art. 66**

GG **Art. 25**

GVG **§ 20**

ZPO **§ 264**; ZPO **§ 293**; ZPO **§ 538**

## Fundstellen

### nur Leitsatz

EWiR, 2016, 577, mit Anm. *Paulus*

NZG, 2016, 697

RIW, 2016, 466

ZBB, 2016, 358

NZI, 2017, 63\*

### LS und Gründe

WM, 2016, 1590

WuB, 2016, 614

ZIP, 2016, 1249

IPRax, 2017, 378

## Permalink

<https://iprspr.mpipriv.de/2016-241>

## Lizenz

Copyright (c) 2024 [Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht](#)



Dieses Werk steht unter der [Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz](#).

vom 8.3.2016 – VI ZR 516/14<sup>5</sup>). Es muss die gesamte Maßnahme und nicht lediglich die Teilakte bewertet werden (OLG Frankfurt, Urt. vom 18.9.2014 – 16 U 32/14<sup>6</sup>).

Soweit sich die Kl. auf eine Stellungnahme der griechischen Zentralbank berufen, die geäußert habe, der Anleihentausch sei als fiskalischer Akt zu bewerten, verfährt dies nicht, da die Qualifikation der in Rede stehenden Tätigkeit eines ausländischen Staates als hoheitlich oder nicht-hoheitlich grundsätzlich nach nationalem Recht vorzunehmen ist (BGH, NJW 1979, 1101<sup>7</sup>) ...

Der Einordnung als hoheitliche Maßnahme steht das zur Auslegung von Art. 1 I EuZVO ergangene Urteil des EuGH vom 11.6.2015 (aaO) nicht entgegen. Dieses befasst sich mit der Zustellung von Klagen, mithin mit der Möglichkeit, einen Sachverhalt überhaupt zur gerichtlichen Überprüfung zu bringen und die Klärung komplexer juristischer Fragen zu ermöglichen. Demgemäß hat der Gerichtshof in seinem Urteil auf die Besonderheiten des unionsrechtlichen Zustellungsrechts abgestellt, insbes. auf das mit der Verordnung verfolgte Ziel der Schnelligkeit der Zustellung gerichtlicher Schriftstücke und die damit verbundene Beschränkung auf eine erste Prüfung der vorliegenden Informationen. Immunitätsfragen stellen sich auf dieser Stufe noch nicht, sondern erst auf der Stufe der Gerichtsbarkeit, die der Zustellung nachgelagert ist (BGH, Urt. vom 8.3.2016 aaO).

Ohne dass es aus vorstehenden Gründen hierauf ankäme, besteht wegen des Vorliegens einer hoheitlichen Tätigkeit auch keine Zivilsache im Sinne des Art. 1 VO (EU) Nr. 1215/2012 und damit keine internationale Zuständigkeit.

Die Vorabentscheidung des EuGH vom 11.6.2015 (aaO) trifft entgegen der Ansicht der Kl. keine Aussage hierzu; die Vorlagefragen betrafen nämlich die Frage, ob die zugrunde liegenden Verfahren im Hinblick auf die Anwendbarkeit der EuZVO, deren Gesetzeszweck in der Verbesserung und Beschleunigung der Übermittlung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke liegt, eine Zivil- oder Handelssache darstellen. Der EuGH hat diesbezüglich entschieden, dass es genügt, wenn das angerufene Gericht zu dem Schluss kommt, dass es nicht offenkundig ist, dass die bei ihm erhobene Klage keine Zivil- oder Handelssache ist. Damit ist weder festgestellt, dass es sich um eine Zivil- oder Handelssache handelt noch dass es eine solche im Sinne des Art. 1 VO (EU) Nr. 1215/2012 darstellt. Die Klärung der Frage, ob der beklagte Staat hoheitlich und damit im Rahmen der Staatenimmunität oder privatrechtlich gehandelt hat, soll im Gerichtsverfahren und nicht im Zuge der Zustellung entschieden werden. Der EuGH hat dementsprechend keine abschließende Entscheidung zum Charakter der Maßnahme der Bekl. getroffen, sondern lediglich entschieden, dass derartige Klagen wie die vorliegende grundsätzlich zuzustellen sind (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. vom 10.11.2015 – I-11 U 21/15).“

**241.** *Einer in Deutschland wegen des Ausfalls griechischer Staatsanleihen erhobenen Anlegerklage, die sich auf die Rechtswidrigkeit des griechischen Gesetzes Nr. 4050/2012 – Regeln zur Änderung von Wertpapieren, die vom griechischen Staat emittiert oder garantiert wurden, mit Zustimmung der Anleihengläubiger – vom 23.2.2012 (FEK A 36/23.2.2012) und der damit im Zusammenhang stehenden*

<sup>5</sup> Siehe oben Nr. 239.

<sup>6</sup> IPRspr. 2014 Nr. 203b.

<sup>7</sup> IPRspr. 1978 Nr. 133.

*Umschuldungsmaßnahmen stützt, und wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung, wegen rechtswidriger Enteignung beziehungsweise enteignungsgleichen Eingriffs Schadensersatz geltend macht, steht der Einwand der Staatenimmunität entgegen.*

*Bei der Geltendmachung von Rückzahlungsansprüchen aus den Staatsanleihen beziehungsweise von Ersatz wegen deren Nichterfüllung nach dem griechischen Gesetz Nr. 2198/1994 (FEK A 43/22.3.1994) handelt es sich um eine Zivilsache im Sinne von Art. 1 I EuGVO alter Fassung.*

*Für eine solche Anlegerklage ist in Deutschland der Verbrauchergerichtsstand nach Art. 15 I, 16 I Alt. 2 EuGVO alter Fassung nicht eröffnet, weil der Anleger die Staatsanleihen nicht unmittelbar vom Emittenten erwirbt, sondern sich der Rechteerwerb im Wege des Kommissionsgeschäfts über eine dazwischen geschaltete Bank als Vertragspartnerin vollzieht.*

*Eine Anlegerklage, mit der Rückzahlungsansprüche aus den Staatsanleihen beziehungsweise Ersatz wegen deren Nichterfüllung nach Art. 8 II 2 des griechischen Gesetzes Nr. 2198/1994 geltend gemacht werden, hat „Ansprüche aus einem Vertrag“ im Sinne von Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVO alter Fassung zum Gegenstand.*

*Der sich nach griechischem Recht als lex causae bestimmende Erfüllungsort im Sinne von Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVO alter Fassung liegt aufgrund des durch das griechische Gesetz Nr. 2198/1994 vorgegebenen organisatorischen Rahmens und der Ausgestaltung des Vollzugs der Emission der Staatsanleihen am Sitz der griechischen Zentralbank in Athen. Die dispositive Auslegungsregel in Art. 321 des griechischen Zivilgesetzbuchs i.d.F. des Gesetzes Nr. 2915 vom 29.5.2001, die im Zweifel für vertragliche Geldleistungen einen Leistungsort am Wohnort des Gläubigers zum Zeitpunkt der Zahlung vorsieht, findet aufgrund der besonderen Umstände keine Anwendung.*

*Eine Rechtsnachfolge auf Gläubigerseite führt zu keiner Änderung des zuständigkeitsbegründenden Erfüllungsorts nach Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVO alter Fassung; vielmehr sind und bleiben allein die in der Person des ursprünglichen Gläubigers liegenden Umstände maßgeblich.*

OLG Köln, Urt. vom 12.5.2016 – 8 U 44/15: WM 2016, 1590; IPRax 2017, 378; ZIP 2016, 1249; WuB 2016, 614. Leitsatz in: RIW 2016, 466; EWiR 2016, 577 mit Anm. Paulus; NZG 2016, 697; NZI 2017, 63\*; ZBB 2016, 358.

[Die Revision schwebt beim BGH unter dem Az. XI ZR 247/16.]

Der in F wohnhafte Kl. macht gegen die Republik Griechenland Rückzahlungsansprüche aus griechischen Staatsanleihen geltend, die im Rahmen des sog. griechischen Schuldenschnitts im Jahr 2012 eingezogen und durch neue Anleihen mit einem niedrigeren Nennwert ersetzt wurden. Er begehrt hilfsweise Schadensersatz wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung Zug um Zug gegen Rückbuchung der „Ersatzanleihen“. Der Kl. erwarb über seine depotführende Sparkasse, die T AG & Co KG mit Sitz in X von der Bekl. begebene ISIN-GR Anleihen über einen Nennbetrag von insgesamt ... €. Die Anleihen sollten mit einem Zinssatz von 4% p.a. verzinst werden; Gesamtfälligkeit sollte am 20.8.2013 eintreten. Im Zuge der Restrukturierung des griechischen Staatshaushalts wurde durch das griechische Gesetz Nr. 4050/2012 vom 23.2.2012 geregelt, dass Anleihebedingungen nachträglich durch Mehrheitsentscheidungen der Anleihegläubiger geändert und dann durch Beschluss des Ministerrats der Republik Griechenland für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Nach dem Gesetz bewirkt der Ministerratsbeschluss, dass die überstimmte Minderheit der Anleihegläubiger an den Mehrheitsbeschluss gebunden ist. 2012 beschloss der Ministerrat der Bekl. den Beginn des im Gesetz Nr. 4050/2012 vorgesehenen Verfahrens und legte u.a. die davon betroffenen Anleihen (sog. eligible titles) sowie die Eckdaten für das Angebot an die Gläubiger dieser Anleihen fest. Es wurden dann nach Mehrheitsbeschluss die alten Anleihen eingezogen und die neuen Anleihen in das Girossystem der griechischen Zentralbank eingebucht. Daraufhin nahm die Depotbank im Depot des Kl. entspr. Umbuchungen vor. Mit seiner Klage macht der Kl. nach von ihm erklärter Kündigung den Nennwert der ausgebuchten

und nach seiner Auffassung fälligen Anleihen Zug um Zug gegen Gestattung der Rückbuchung der neuen Anleihen zzgl. Verzugszinsen und abzgl. vereinnahmter Zinszahlungen geltend.

Das LG hat sich der Auffassung des LG Konstanz (2 O 132/13 B)<sup>1</sup>, LG Osnabrück (7 O 2995/13)<sup>2</sup>, OLG Frankfurt/Main (U 32/14)<sup>3</sup> und OLG Schleswig-Holstein (5 U 89/14)<sup>4</sup> angeschlossen und die Klage als unzulässig abgewiesen. Dagegen wendet sich der Kl. mit seiner Berufung

Aus den Gründen:

„II. Die zulässige Berufung ist unbegründet. Das LG hat die Klage im Ergebnis mit Recht als unzulässig abgewiesen.

Die Bekl. kann sich auf den Grundsatz der Staatenimmunität nur insoweit berufen, als der Kl. hilfsweise Schadensersatz wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung geltend macht (dazu 2.). Im Übrigen ist sie unzulässig, weil vorliegend die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte nicht eröffnet ist (dazu 3.).

1. Soweit dem Senat von der Berufung angesonnen wird, durch Zwischenurteil (nur) über den Gesichtspunkt der Gerichtsbarkeit zu befinden, verkennt sie, dass das LG die Klage durch Endurteil insgesamt als unzulässig abgewiesen hat, so dass der Rechtsstreit in vollem Umfang dem Senat zur Entscheidung angefallen ist. Damit bleibt für eine Entscheidung in Form eines Zwischenurteils kein Raum, so dass im – hier nicht gegebenen – Fall der Zulässigkeit der Klage aufgrund des durch den Kl. hilfsweise gestellten Zurückverweisungsantrags die Möglichkeit bestünde, das Verfahren zur Entscheidung über die bislang nicht erörterte Begründetheit der Klage nach § 538 II 1 Nr. 3 ZPO an das LG zurückzuverweisen.

2. Die Klage ist, soweit sie auf vertragliche Ansprüche gestützt ist, nicht bereits deshalb unzulässig, weil bereits die deutsche Gerichtsbarkeit nicht eröffnet wäre. Ihr steht insoweit der von Amts wegen zu prüfende Grundsatz der Staatenimmunität (§ 20 II GVG, Art. 25 GG) nicht entgegen. Die Frage, ob die Gerichtsbarkeit nach den Grundsätzen der Staatenimmunität eröffnet ist und sich das nationale Gericht mit einer Klage gegen einen anderen Mitgliedstaat der EU befassen darf, ist – was das LG zutreffend angenommen hat – vor der Ermittlung der internationalen Zuständigkeit zu prüfen (vgl. BGH, Urt. vom 8.3.2016 – VI ZR 516/14<sup>5</sup>, WM 2016, 734 Rz. 11; BGH, Beschl. vom 26.11.2015 – III ZR 26/15<sup>6</sup>, juris Rz. 3).

a) Soweit im Völkerrecht in einem allgemeinen Sinn von Staatenimmunität die Rede ist, bezieht sich diese auf den völkergewohnheitsrechtlich anerkannten Grundsatz, dass ein Staat nicht fremdstaatlicher nationaler Gerichtsbarkeit unterworfen ist. Allerdings hat das Recht der allgemeinen Staatenimmunität, nicht zuletzt wegen des zunehmend kommerziellen grenzüberschreitenden Tätigwerdens staatlicher Stellen, einen Wandel von einem absoluten zu einem nur mehr relativen Recht durchlaufen. Es ist keine allgemeine Regel des Völkerrechts mehr, dass ein Staat Immunität auch für nicht-hoheitliches Handeln (*acta iure gestionis*) genießt (vgl. BVerfG, Beschl. vom 30.4.1963 – 2 BvM 1/62<sup>7</sup>, BVerfGE 16, 27, 33 ff.) ...

aa) Die Abgrenzung zwischen hoheitlicher und nicht-hoheitlicher Staatstätigkeit richtet sich nicht nach deren Motiv oder Zweck; sie kann auch nicht danach vorgenommen werden, ob die Betätigung in erkennbarem Zusammenhang mit hoheitlichen Aufgaben des Staats steht. Dies folgt daraus, dass die Tätigkeit eines Staats,

<sup>1</sup> IPRspr. 2013 Nr. 172.

<sup>2</sup> Siehe oben Nr. 235.

<sup>3</sup> IPRspr. 2014 Nr. 203b.

<sup>4</sup> IPRspr. 2014 Nr. 163.

<sup>5</sup> Siehe oben Nr. 239.

<sup>6</sup> IPRspr. 2015 Nr. 190.

<sup>7</sup> IPRspr. 1962–1963 Nr. 171.

wenn auch nicht insgesamt, aber doch zum weitaus größten Teil hoheitlichen Zwecken und Aufgaben dient und mit ihnen in einem erkennbaren Zusammenhang steht. Maßgebend für die Unterscheidung ist vielmehr die Natur der staatlichen Handlung oder des entstandenen Rechtsverhältnisses. Es kommt darauf an, ob der ausländische Staat in Ausübung der ihm zustehenden Hoheitsgewalt und damit öffentlich-rechtlich oder wie eine Privatperson, also privatrechtlich, tätig geworden ist (BVerfG, 30.4.1963 aaO 61 f.; BGH, 8.3.2016 aaO Rz. 14 m.w.N.).

bb) Mangels völkerrechtlicher Unterscheidungsmerkmale ist die Abgrenzung grundsätzlich nach dem Recht des entscheidenden Gerichts zu beurteilen (BVerfG, Beschlüsse vom 30.4.1963 aaO 62 und vom 17.3.2014 – 2 BvR 736/13<sup>8</sup>, NJW 2014, 1723 Rz. 21; BGH, Urt. vom 8.3.2016 aaO Rz. 15 m.w.N.). Die Heranziehung nationaler Regelungen zur Unterscheidung hoheitlichen staatlichen Handelns von nicht-hoheitlichem staatlichem Handeln findet erst dort ihre Grenze, wo der unter den Staaten allgemein anerkannte Bereich hoheitlicher Tätigkeit berührt ist. Das betrifft etwa die Betätigung der auswärtigen und militärischen Gewalt, die Gesetzgebung, die Ausübung der Polizeigewalt und die Rechtspflege. Insoweit kann es ausnahmsweise geboten sein, eine nach nationalem Recht als privatrechtlich einzuordnende Tätigkeit eines ausländischen Staats gleichwohl als der Staatenimmunität unterfallenden *actus iure imperii* zu qualifizieren, wenn dieser zum Kernbereich völkerrechtlich anerkannter Staatsgewalt zu rechnen ist (vgl. BVerfG, Beschlüsse vom 30.4.1963 aaO 63 f.; vom 13.12.1977 – 2 BvM 1/76<sup>9</sup>, BVerfGE 46, 342, 394; BGH, Urt. vom 8.3.2016 aaO).

b) Nach Maßgabe der vorstehend ausgeführten Grundsätze steht der Klage nur in dem eingangs beschriebenen Umfang der Grundsatz der Staatenimmunität entgegen (ebenso OLG Oldenburg aaO).

aa) Soweit der Kl. seine Klage auf Rückzahlungsansprüche aus Staatsanleihen stützt, kann die Bekl. sich nicht auf den Grundsatz der Staatenimmunität berufen (ebenso OLG Oldenburg, Urt. vom 18.4.2016 aaO Rz. 15 ff.; öst. OGH, Beschl. vom 20.5.2014 – 4 Ob 227/13f, sub 3.2; a.A.: *Reithmann-Martiny-Freitag*, Internationales Vertragsrecht, 8. Aufl., Rz. 6.657).

Sie ist insoweit nicht in ihrem hoheitlichen Aufgabenbereich betroffen. Die Kapitalaufnahme durch Emission von Staatsanleihen stellt nach ganz überwiegender Ansicht ein nicht-hoheitliches Handeln dar (vgl. BVerfG, Beschl. vom 6.12.2006 – 2 BvM 9/03<sup>10</sup>, BVerfGE 117, 141 [153]; BGH, Urt. vom 8.3.2016 aaO Rz. 17; OLG Oldenburg, Urt. vom 18.4.2016 aaO Rz. 15; OLG Schleswig, 5 U 89/14 aaO 1255; österr. OGH, Beschl. vom 20.5.2014 aaO; aus dem Schrifttum: *Baars/Böckel*, ZBB 2004, 445, 452; *Reithmann-Martiny-Freitag* aaO Rz. 6.649; *Garber*, ÖJZ 2016, 167; *Geimer*, IZPR, 7. Aufl., Rz. 558; *Hausmann* in FS Geimer 2002, 289, 295).

Hieran vermag der Umstand nichts zu ändern, dass der Kl. unter Behauptung vielfältiger Verstöße des griechischen Gesetzes Nr. 4050/2012 sowie der daran anknüpfenden und zum Austausch der Anleihen führenden Maßnahmen einen Verstoß gegen den deutschen *ordre public* (Art. 6 EGBGB) anführt. Die hierdurch suggerierte Überprüfung fremdstaatlicher hoheitlicher Maßnahmen, die der Grundsatz der Staatenimmunität verhindern will (BGH, Urt. vom 8.3.2016 aaO Rz. 20), findet

<sup>8</sup> IPRspr. 2014 Nr. 154c.

<sup>9</sup> IPRspr. 1977 Nr. 117.

<sup>10</sup> IPRspr. 2006 Nr. 106.

nämlich bei der Anwendung der eng auszulegenden Vorbehaltsklausel des Art. 6 EGBGB nicht statt. Dies dokumentiert der Wortlaut dieser Regelung, der nicht die ausländische Rechtsnorm als solche zum Prüfungsgegenstand erhebt, sondern das Ergebnis ihrer Anwendung im konkreten Einzelfall (vgl. nur BGH, Urt. vom 6.10.2004 – XII ZR 225/01<sup>11</sup>, BGHZ 160, 332, 344; *Erman-Hohloch*, BGB, 14. Aufl., EGBGB Art. 6 Rz. 14; NK-BGB/*Heidel-Hüßtege-Mansel-Noack-Schulze*, 3. Aufl., Bd. 1, EGBGB Art. 6 Rz. 25 f., 28; *Staudinger-Voltz*, EGBGB/IPR – IPR Allg. Teil, Neub. 2013, EGBGB Art. 6 Rz. 124; insoweit unzutreffend daher LG Osnabrück, 7 O 2995/13 aaO 78 f.). Die allenfalls im Rahmen einer Begründetheitsprüfung zu behandelnde Frage, ob die Vorschrift des Art. 6 EGBGB vorliegend überhaupt Anwendung findet (vgl. dazu OLG Schleswig aaO 1258), kann vorliegend offen bleiben.

Ohnedies verliert die Emission von Staatsanleihen ihren fiskalischen Charakter nicht durch die späteren, zum Zwangsumtausch der Anleihe führenden Maßnahmen des Gesetzgebers und der Regierung der Bekl., mögen diese auch hoheitlicher Natur sein. Der als Anleiheschuldner in Anspruch genommene Staat ist nicht anders zu behandeln als jeder andere Schuldner einer privaten Forderung, der sich auf eine zum Erlöschen seiner Verbindlichkeit führende hoheitliche Maßnahme beruft. Wird ein solcher Schuldner außerhalb seines Wohnsitzstaats verklagt, hat das angerufene zuständige Gericht die vom Schuldner erhobenen Einwendungen nach dem anwendbaren materiellen Recht zu prüfen. Handelt es sich dabei um ausländisches Recht, hat ein deutsches Gericht dieses nach § 293 ZPO von Amts wegen zu ermitteln. Dabei muss es die konkrete Ausgestaltung des Rechts in der ausländischen Rechtspraxis, insbesondere die ausländische Rechtsprechung, berücksichtigen und das Recht als Ganzes ermitteln, wie es sich in Lehre und Rechtsprechung entwickelt hat (vgl. BGH, Urt. vom 23.6.2003 – II ZR 305/01<sup>12</sup>, NJW 2003, 2685, 2686; BGH, Urt. vom 14.1.2014 – II ZR 192/13<sup>13</sup>, WM 2014, 357 Rz. 15). Dies nimmt jedoch dem Grundverhältnis, auf das vorliegend die Klage gestützt ist, nicht seine fiskalische Natur (vgl. OLG Oldenburg aaO Rz. 17). Dieser Beurteilung steht das Urteil des BGH vom 8.3.2016 (aaO) nicht entgegen (zutreffend OLG Oldenburg, Urt. vom 18.4.2016 aaO). In dem jener Entscheidung zugrunde liegenden Fall hatten die Kläger ihre Klage auf die Verletzung ihres Eigentums/Besitzes am Papier gestützt, jedoch gerade nicht auf Ansprüche aus (angeblich) erworbenen Schuldverschreibungen oder auf Ersatzansprüche wegen deren Nichterfüllung (vgl. BGH, Urt. vom 8.3.2016 aaO Rz. 18).

Unter diesen Umständen kann sich die Bekl. gegenüber dem primär geltend gemachten Erfüllungsanspruch nicht mit Erfolg auf den Grundsatz der Staatenimmunität berufen.

bb) Anders verhält es sich hingegen, soweit der Kl. seinen Anspruch – hilfsweise – auch auf Schadensersatz wegen angeblicher vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung bzw. wegen einer rechtswidrigen Enteignung oder eines rechtswidrigen enteignungs-gleichen Eingriffs stützt. Insoweit greift der Einwand der Staatenimmunität durch, so dass für eine Inanspruchnahme der Bekl. die deutsche Gerichtsbarkeit nicht eröffnet ist (ebenso OLG Oldenburg aaO Rz. 18 ff.).

<sup>11</sup> IPRspr. 2004 Nr. 135.

<sup>12</sup> IPRspr. 2003 Nr. 1b.

<sup>13</sup> IPRspr. 2014 Nr. 276.

(1) Dieser Anspruch – den der Senat aus Gründen der Übersichtlichkeit bereits an dieser Stelle ausführt – wird auf den zwangsweise erfolgten Umtausch der Staatsanleihen gestützt, den die Bekl. nach dem Klagevorbringen unter Verstoß gegen höherrangiges Recht und unter Ausnutzung ihrer Machtposition als Staat in Kenntnis der Rechtsverstöße bewusst zum Nachteil ihrer Gläubiger vorgenommen haben soll. Damit stellt der Kl., da die urspr. Anleihebedingungen keine Umschuldungsklauseln (Collective Action Clauses) enthielten, maßgeblich auf den Erlass des griechischen Gesetzes Nr. 4050/2012 und auf den Beschluss des Ministerrats vom 9.3.2012, aufgrund derer die Mehrheitsentscheidung der Gläubiger allgemeinverbindlich wurde, als potenziell haftungsbegründendes Verhalten der Bekl. ab (vgl. OLG Oldenburg aaO Rz. 19). Hierbei handelt es sich um hoheitliche Maßnahmen der Bekl. Die tatsächlich erfolgte Ausbuchung der dematerialisierten Wertpapiere durch die griechische Zentralbank gebietet keine andere Beurteilung, denn sie erfolgte nur in Umsetzung der gegenüber der – nicht zustimmenden – Minderheit der Gläubiger wirkenden hoheitlichen Maßnahmen und kann nicht isoliert von diesen beurteilt werden (vgl. BGH, Urt. vom 8.3.2016 aaO Rz. 19–23; OLG Oldenburg aaO).

(2) Der Einordnung der zur Begründung dieses Schadensersatzanspruchs herangezogenen Maßnahmen des Parlaments und der Regierung der Bekl. als hoheitlich steht auch eine etwaige abweichende Auslegung unionsrechtlicher Vorschriften nicht entgegen.

Soweit die Berufung – ausgehend von dem Urteil des EuGH vom 11.6.2015 (verb. Rs C-226, 245, 247, 578/13 – *Fahnenbrock u.a.* ./ *Hellenische Republik*, ZIP 2015, 1250) über weitere Entscheidungen des EuGH und des österr. OGH – eine ‚Zivil- und Handelssache‘ (auch) im Sinne von Art. 1 I 1 der gemäß ihrem Art. 66 I vorliegend zeitlich anwendbaren VO (EG) Nr. 44/2001 (nachfolgend: *EuGVO a.F.*) bejaht und sie hieraus den zwingenden Schluss zieht, der Staat – hier die Bekl. – könne sich daher nicht auf seine Immunität berufen, vermag sie damit nicht durchzudringen. Der Standpunkt der Berufung erweist sich als rechtsfehlerhaft.

(a) Die Berufung verkennet schon im Ausgangspunkt, dass die Frage der Gerichtsbarkeit und damit einhergehend auch der Staatenimmunität vor der Ermittlung der internationalen Zuständigkeit zu prüfen sind (vgl. BGH, Urt. vom 8.3.2016 aaO Rz. 11, 24). Dies gilt auch, soweit die Anwendbarkeit unionsrechtlicher Zuständigkeitsvorschriften in Betracht kommt, da die internationale Zuständigkeit Gerichtsbarkeit voraussetzt (vgl. BGH, Beschl. vom 26.11.2015 aaO Rz. 3; *Junker*, RIW 2014, 260, 261; ferner – noch zum *EuGVÜ* – die Schlussanträge des Generalanwalts Colomer vom 8.11.2006 in der Rs C-292/05 – Urt. des EuGH vom 15.2.2007: *Eirini Lechouritou u.a.* ./ *Dimosio tis Omospondiakis Dimokratias tis Germanias*, Slg. 2007 I-1521, 1539 Rz. 77). Deren Prüfung folgt indes eigenen Regeln [dazu nachstehend unter (b)].

(b) Dementsprechend lässt die Berufung unberücksichtigt, dass die für die Frage der Gerichtsbarkeit bedeutsame Abgrenzung zwischen hoheitlicher und nicht-hoheitlicher Staatstätigkeit grundsätzlich nach dem Recht des entscheidenden Gerichts zu beurteilen ist (vgl. *BVerfG*, 30.4.1963 aaO 62 und 17.3.2014 aaO; BGH, Urt. vom 8.3.2016 aaO Rz. 15 m.w.N.). Dies bringt es mit sich, dass bei der Staatenimmunität einerseits und beim sachlichen Anwendungsbereich der *EuGVO a.F.* andererseits unterschiedliche Maßstäbe zur Auslegung des Begriffs der Ausübung

hoheitlicher Befugnisse zur Anwendung gelangen, die im Einzelfall unterschiedliche Ergebnisse zeitigen können (vgl. *Wagner*, RIW 2014, 260, 264) ...

3. Die Klage ist indes – auch soweit sie deutscher Gerichtsbarkeit unterliegt – im Ergebnis unzulässig. Denn für den vom Kl. primär geltend gemachten Zahlungsanspruch ist die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte nicht eröffnet.

a) Die – in jeder Lage des Verfahrens von Amts wegen zu prüfende (vgl. BGH, Urt. vom 7.11.2001 – VIII ZR 263/00<sup>14</sup>, BGHZ 149, 120, 125; BGH, Urteile vom 28.11.2002 – III ZR 102/02<sup>15</sup>, BGHZ 153, 82, 84 ff. und vom 9.3.2010 – XI ZR 93/09<sup>16</sup>, BGHZ 184, 365 Rz. 17; jeweils m.w.N.) – internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte beurteilt sich nach Maßgabe der gemäß ihrem Art. 66 I vorliegend zeitlich anwendbaren EuGVO a.F.

Der sachliche Anwendungsbereich der Verordnung ist – entgegen der Auffassung der Bkl. – eröffnet, soweit der Kl. Zahlungsansprüche aus den (alten) Staatsanleihen geltend macht. Hierbei handelt es sich um eine Zivil- und Handelssache im Sinne von Art. 1 I EuGVO a.F. Der Streitgegenstand der auf Erfüllung gerichteten Klage, auf den in diesem Zusammenhang maßgeblich abzustellen ist (vgl. nur EuGH, Urt. vom 15.5.2003 – *Préservatrice foncière TIARD SA* ./ Staat der Niederlande, Rs C-266/01, Slg. I-4881, 4895 Rz. 42), ist zivilrechtlicher und nicht öffentlich-rechtlicher Natur (vgl. OLG Oldenburg aaO Rz. 21; ebenso der österr. OGH; vgl. Beschlüsse vom 20.5.2014 aaO sub 4; vom 30.7.2015 – 8 Ob 67/15h, JBl. 2016, 47, 49 = ÖJZ 2016, 164, 166 m. zust. Anm. *Garber* 167; vom 31.8.2015 aaO sub 3.1; vom 25.11.2015 – 8 Ob 125/15p). Die Kapitalaufnahme durch Emission von Staatsanleihen stellt – wie o.a. [unter 2. (b) (aa)] – nach ganz überwiegender Ansicht ein nicht-hoheitliches Handeln dar (vgl. nur BGH, Urteil vom 8.3.2016 aaO Rz. 17; OLG Oldenburg aaO Rz. 15, 21). Sie setzt nicht notwendigerweise die Wahrnehmung von Befugnissen voraus, die von den im Verhältnis zwischen Privatleuten geltenden Regeln abweichen (vgl. obgleich die Auslegung von Art. 1 I EuGVO a.F. nicht präjudizierend: EuGH, Urt. vom 11.6.2015 aaO Rz. 53).

b) Allerdings eröffnet die EuGVO a.F. für den aus Vertrag geltend gemachten Zahlungsanspruch in Deutschland keinen Gerichtsstand.

aa) Die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte ergibt sich vorliegend nicht aus dem Verbrauchergerichtsstand der Art. 15 I lit. c, 16 I EuGVO a.F.

... Die Anwendung dieser Vorschriften setzt u.a. voraus, dass zwischen dem Verbraucher und einem beruflich oder gewerblich Handelnden ein Vertrag tatsächlich geschlossen wurde. Bei der gebotenen autonomen Auslegung dieser Voraussetzung ist zu berücksichtigen, dass Art. 15 I EuGVO a.F. eng auszulegen ist. Die Vorschrift beinhaltet eine Abweichung sowohl von der allgemeinen Zuständigkeitsregel in Art. 2 I EuGVO a.F., nach der die Gerichte im Mitgliedstaat des Beklagtenwohnsitzes zuständig sind, als auch von der besonderen Zuständigkeitsregel des Art. 5 Nr. 1 EuGVO a.F. für Verträge oder Ansprüche aus Verträgen, nach der das Gericht des Orts zuständig ist, an dem die Verpflichtung erfüllt worden ist oder zu erfüllen wäre (vgl. EuGH, Urt. vom 6.9.2012 – *Daniela Mühlleitner* ./ *Ahmad Yusufi* u. *Wadat Yusufi*, Rs C-190/11, NJW 2012, 3225 Rz. 26 f.; Urt. vom 28.1.2015 – *Harald Kolassa* ./ *Barclays Bank PLC*, Rs C-375/13, NJW 2015, 1581 Rz. 28). Außerdem

<sup>14</sup> IPRspr. 2001 Nr. 153.

<sup>15</sup> IPRspr. 2002 Nr. 157.

<sup>16</sup> IPRspr. 2010 Nr. 49b.



kann mit dem Erfordernis eines tatsächlichen Vertragsschlusses die Vorhersehbarkeit des Gerichtsstands sichergestellt werden, die ausweislich ihres 11. Erwgr. zu den Zielen der EuGVO a.F. zählt. Dementsprechend hat der EuGH entschieden, dass Art. 15 I EuGVO a.F. dahin auszulegen ist, dass das Erfordernis des Vertragsschlusses mit dem beklagten beruflich oder gewerblich Handelnden nicht so ausgelegt werden kann, dass es auch bei einer Kette von Verträgen erfüllt wäre, aufgrund derer dieser beruflich oder gewerblich Handelnde gegenüber dem Verbraucher bestimmte Rechte und Pflichten hat (vgl. EuGH, Urt. vom 28.1.2015 aaO Rz. 30).

Nach dieser Maßgabe kann ein Vertragsschluss zwischen den Parteien des vorliegenden Rechtsstreits nicht angenommen werden (vgl. OLG Oldenburg aaO Rz. 23 ff. [25]; ebenso der österr. OGH: vgl. Beschlüsse vom 30.7.2015 aaO 48 sub 2.1 f.; vom 31.8.2015 aaO; vom 25.11.2015 aaO sub 3.1; vgl. ferner *Thole*, WM 2012, 1793, 1795). Selbst wenn man im Sinne des Kl. unterstellt, dass er – was die Bekl. bestreitet – letztlich Inhaber der der Klage zugrunde gelegten Staatsanleihen geworden war, so hatte er diese unstreitig nicht unmittelbar von der Bekl. erworben, sondern über (mindestens) einen Intermediär. Der Ersterwerb der streitgegenständlichen Staatsanleihen vollzog sich nur im Verhältnis der Bekl. zu den im Rahmen der Emission beteiligten Instituten als Ersterwerber, zu denen weder der Kl. noch dessen Depotbank gehörten. Gemäß den von den Parteien vorgetragenen Vorschriften des griechischen Gesetzes Nr. 2198/1994 (i.d.F. des Gesetzes Nr. 2469/1997, FEK 1 38/14.3.1997) kann der griechische Staat ohne Ausgabe von Wertpapieren Darlehen aufnehmen, die – ebenso wie ihre Unterteilungen (Titel) – in einem von der griechischen Zentralbank geführten Girosystem gebucht werden, an dem nur zugelassene juristische oder natürliche Personen (sog. Träger) teilnehmen können. Entstanden aber hiernach die maßgeblichen Verpflichtungen der Bekl. zunächst systemintern gegenüber den zugelassenen Systemteilnehmern (Trägern), kann der sich daran anschließende Erwerb von Rechten, der sich üblicherweise – wie auch hier – im Wege des Kommissionsgeschäfts bzw. der Wertpapierrechnung über eine dazwischen geschaltete Bank als Vertragspartnerin vollzieht, nicht durch Konstruktion einer Vertragskette zwischen Emittent und Endkunde als Vertrag im Sinne von Art. 15 f. EuGVO a.F. ausgelegt werden; dies ginge mit einer unvorhersehbaren Vervielfältigung der Gerichtsstände einher, auf deren Vermeidung die Verordnung gerade abzielt (vgl. EuGH, Urt. vom 28.1.2015 aaO).

bb) Das LG Köln ist auch nicht nach Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVO a.F. (örtlich und international) zuständig ...

(1) ... (a) Auch wenn Art. 5 Nr. 1 EuGVO a.F. den Abschluss eines Vertrags nicht verlangt, setzt die Anwendung der Vorschrift, wenn ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag den Verfahrensgegenstand bilden, voraus, dass eine von einer Person gegenüber einer anderen freiwillig eingegangene rechtliche Verpflichtung bestimmt werden kann, auf die sich die betreffende Klage stützt (vgl. EuGH, Urt. vom 28.1.2015 aaO Rz. 39 m.w.N.; *Stein-Jonas-Wagner*, ZPO, Bd. 10, 22. Aufl., EuGVVO Art. 5 Rz. 22). Dabei reicht es im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung aus, dass der Kl. eine solche rechtliche Verpflichtung schlüssig behauptet und der äußere Tatbestand eines Vertragsabschlusses gegeben ist (vgl. EuGH aaO Rz. 61; *Geimer-Schütze*, Europäisches Zivilverfahrensrecht, 3. Aufl., A. 1 Art. 5 Rz. 74; *Schlosser-Hess*, EU-Zivilprozessrecht, 4. Aufl., EuGVVO Art. 7 Rz. 4).

(b) Diese Voraussetzungen sind vorliegend erfüllt.

(aa) Die Bekl. hat die streitgegenständlichen Staatsanleihen freiwillig ausgegeben und ist damit zugleich die hieraus folgenden Verpflichtungen freiwillig eingegangen (vgl. auch österr. OGH, Beschlüsse vom 30.7.2015 aaO 48 sub 3.3; vom 31.8.2015 aaO sub 4.4; vom 25.11.2015 aaO sub 3.3). Dem steht nicht entgegen, dass weder der Kl. noch seine Depotbank Teilnehmer des Girosystems der griechischen Zentralbank und somit nicht Partei des ursprünglichen Begebungsvertrags waren, sondern sie die Anleihen allenfalls sukzessive im Wege der Rechtsnachfolge erworben haben können. Die nachfolgende Übertragung der Anleihen durch einen Erstwerber war nicht geeignet, der durch die Bekl. eingegangenen Verpflichtung den vertraglichen Charakter zu nehmen. Dies ergibt sich schon aus den maßgebenden Vorschriften des griechischen Rechts; hierzu hat der sich seiner Gläubigerstellung berühmende Kl. insbesondere in dem Schriftsatz vom 6.2.2015 unter Hinweis auf Art. 6 II des Gesetzes Nr. 2198/1994 ausgeführt, dass und aus welchen Erwägungen die Titel inhaltlich unverändert übertragbar gewesen seien und er letztlich Anleihegläubiger geworden sei. Ohnedies verlieren Ansprüche, die einmal als ‚vertraglich‘ im Sinne von Art. 5 Nr. 1 EuGVO a.F. qualifiziert worden sind, mit ihrer Abtretung und der anschließenden Geltendmachung durch den Zessionar nicht ihren vertraglichen Charakter (vgl. *Stein-Jonas-Wagner* aaO Rz. 26; ferner *Saenger-Dörner*, ZPO, 6. Aufl., EuGVVO Art. 7 Rz. 6). Ob – was die Bekl. bestreitet – der Kl. tatsächlich Inhaber der Staatsanleihen und somit Gläubiger der dadurch begründeten Forderungen geworden ist, ist ggf. einer Prüfung im Rahmen der Begründetheit vorbehalten.

(bb) Darüber hinaus hat der Kl. einen unmittelbar gegen die Bekl. gerichteten Zahlungsanspruch auch unter Hinweis auf Art. 8 II 2 des Gesetzes Nr. 2198/1994 schlüssig dargelegt. Nach dieser Vorschrift hat, ‚falls der [griechische] Staat seine Verpflichtungen gemäß Absatz 6 des vorliegenden Paragraphen nicht erfüllt hat, ein Investor einen Anspruch aus dem Titel nur gegen den [griechischen] Staat‘. Der in Bezug genommene Abs. 6 regelt u.a. die Verpflichtung der Bekl. zur Zahlung der fälligen Zinsen und Titelnennwerte an die Bank von Griechenland und die mit dieser Zahlung verbundene Tilgung der Verbindlichkeit der Bekl. Der Kl. stützt seinen Zahlungsanspruch auch auf das Ausbleiben der Zahlung der – für die alten Staatsanleihen – fälligen Beträge.

Entgegen der Annahme der Bekl. handelt es sich hierbei nicht um einen gesetzlichen Anspruch. Denn die durch Art. 8 II 2 des o.g. Gesetzes statuierte Haftung der Bekl. gegenüber einem Investor setzt tatbestandlich eine Verletzung von Verpflichtungen voraus, die die Bekl. mit der Ausgabe der Staatsanleihen freiwillig eingegangen ist. Damit handelt es sich auch hierbei um einen ‚Anspruch aus einem Vertrag‘ im Sinne von Art. 5 Nr. 1 EuGVO a.F. (ebenso OLG Oldenburg aaO Rz. 28 f.).

Ob der Kl. ‚Investor‘ im Sinne von Art. 8 II 2 des Gesetzes Nr. 2198/1994 ist, ist ggf. Gegenstand einer Prüfung der Begründetheit der Klage. Dieser Prüfung vorbehalten ist auch der von der Bekl. erhobene Einwand, die streitgegenständlichen Staatsanleihen seien aufgrund der Umschuldungsmaßnahmen und des damit einhergehenden Zwangsumtausches erloschen, weshalb dem Kl. keine vertraglichen Ansprüche zustehen könnten.

(2) Der Erfüllungsort der vorliegend ‚aus Vertrag‘ geltend gemachten Zahlungsverpflichtung bestimmt sich, da lit. b keine Anwendung findet, nach Art. 5 Nr. 1 lit.

a EuGVO a.F. Danach ist das Gericht des Orts zuständig, an dem diese Verpflichtung erfüllt worden ist oder zu erfüllen wäre.

(a) Der Erfüllungsort für die auf Erbringung der Hauptleistung gerichtete Primärverpflichtung, der zugleich den Gerichtsstand für Schadensersatzansprüche bestimmt, die an die Nichterfüllung von Primärverpflichtungen anknüpfen (vgl. BGH, V ZR 120/14<sup>17</sup>, WM 2016, 333 Rz. 7 m.w.N.; *Kropholler-v. Hein*, Europäisches Zivilprozessrecht, 9. Aufl., EuGVO Art. 5 Rz. 14; *Schlosser-Hess* aaO Rz. 7), bestimmt sich gemäß Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVO a.F. nach der *lex causae*.

(b) *Lex causae* ist nach dem Vorbringen beider Parteien griechisches Recht. Nach der ebenfalls übereinstimmend angeführten und von der Bekl. in deutscher Übersetzung zitierten – dispositiven – Vorschrift des Art. 321 des griechischen Zivilgesetzbuchs i.d.F. des Gesetzes Nr. 2915 vom 29.5.2001; nachfolgend: grZGB) muss der Schuldner einer Geldleistung das Geld im Zweifel an den aktuellen Wohnort bzw. Ort der gewerblichen Niederlassung des Gläubigers übermitteln.

(aa) Allerdings ergibt sich auch hieraus keine internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte.

(aaa) Die Vorschrift des Art. 321 grZGB, bei der es sich nach der von der Bekl. vorgelegten Rechtsprechung des griechischen Areopag um eine bloße Auslegungsvorschrift handelt, findet im vorliegenden Fall keine Anwendung. Der darin für eine Geldleistung aus Vertrag vorgesehene Leistungsort am Wohnort des Gläubigers zum Zeitpunkt der Zahlung gilt nur, wenn sich nichts anderes aus dem Vertrag oder aus den Umständen und insbesondere aus der Natur des Schuldverhältnisses ergibt. Letzteres ist hier der Fall.

Aus den Umständen ergibt sich, dass Erfüllungsort für Zahlungsverpflichtungen der Bekl. aus den streitgegenständlichen (alten) Staatsanleihen der Sitz der griechischen Zentralbank und somit Athen sein sollte. Die Ausgabe der Staatsanleihen wurde gemäß den Art. 5 f. des Gesetzes Nr. 2198/1994 im Rahmen des Girosystems der griechischen Zentralbank vollzogen. Dort waren die als Wertrechte ausgegebenen Staatsanleihen registriert und wurden sie durch Gutschrift auf dem bei der griechischen Zentralbank geführten Konto der Teilnehmer geführt, die zuvor eine Zulassung der griechischen Zentralbank erhalten hatten. Darüber hinaus sollte nach Art. 8 VI 1 des vorgenannten Gesetzes die Tilgung der Verbindlichkeiten der Bekl. mit der Zahlung der fälligen Zinsen und Titelnennwerte durch die Bekl. an die griechische Zentralbank eintreten. Da die Bekl. aus den von ihr begebenen Staatsanleihen nicht der als Zahlstelle fungierenden griechischen Zentralbank zur Zahlung verpflichtet war, kann dies nur dahin verstanden werden, dass Gegenstand der Tilgung solche Verbindlichkeiten des griechischen Staats waren, die dieser gegenüber seinen aus den Staatsanleihen berechtigten Gläubigern hatte. Damit waren im Verhältnis der Bekl. zu den erst erwerbenden Systemteilnehmern die wechselseitigen Verpflichtungen innerhalb des Girosystems der griechischen Zentralbank und damit an deren Sitz zu erfüllen (ebenso OLG Oldenburg aaO Rz. 41 f.) ...

Die vorstehenden Ausführungen beanspruchen – entgegen der Annahme der Berufung – gleichermaßen Geltung, soweit der Kl. seinen Zahlungsanspruch auf Art. 8 II 2 des Gesetzes Nr. 2198/1994 stützt. Die darin statuierte Haftung der Bekl. gegenüber Investoren knüpft tatbestandlich an die (Nichterfüllung der) Zahlungen

<sup>17</sup> IPRspr. 2015 Nr. 212.

an, die von der Bekl. gemäß Art. 8 VI des Gesetzes Nr. 2198/1994 am Sitz der griechischen Zentralbank zu erbringen sind und die ihren Grund in den ausgegebenen Staatsanleihen haben, und ist somit untrennbar mit dieser durch die Begebung der Anleihen begründeten Verpflichtung verknüpft. Folgte man der von der Berufung in diesem Zusammenhang vertretenen gegenläufigen Auffassung, wäre Anspruchsgrund des auf Art. 8 II 2 des Gesetzes Nr. 2198/1994 gestützten Zahlungsanspruchs nicht die freiwillige Eingehung der mit der Ausgabe der Staatsanleihen begründeten (vertraglichen) Verpflichtungen der Bekl., sondern ausschließlich eine Nichterfüllung der durch Art. 8 VI des Gesetzes Nr. 2198/1994 statuierten Verpflichtungen; damit aber würde sich auf Grundlage des von der Berufung eingenommenen Standpunkts der auf Art. 8 II 2 des genannten Gesetzes gestützte Anspruch schon nicht als Anspruch ‚aus einem Vertrag‘ im Sinne von Art. 5 Nr. 1 EuGVO a.F. darstellen, so dass der Gerichtsstand des Erfüllungsorts bereits aus diesem Grund nicht eröffnet wäre (ebenso OLG Oldenburg aaO Rz. 36).

(bbb) Dem Ersterwerb der Staatsanleihen nachfolgende Übertragungen daraus resultierender Forderungen gegen die Bekl. auf Dritte führen zu keiner anderen Beurteilung.

... Abgesehen davon, dass – wie o.a. [unter 3 b) bb) (1) (b) (aa)] – vertragliche Ansprüche mit ihrer Abtretung und Geltendmachung durch den Zessionar nicht ihren vertraglichen Charakter verlieren, sind und bleiben allein die in der Person des ursprünglichen Gläubigers liegenden Umstände maßgebend (vgl. OLG Oldenburg aaO Rz. 35, 43 a.E.; *Gebauer*, IPRax 1999, 432, 434 f.; *Zöller-Geimer*, ZPO, 31. Aufl., Anh. I EuGVVO Art. 7 Rz. 8; *Schlosser-Hess* aaO Rz. 10d; *Stein-Jonas-Wagner* aaO Rz. 49; wohl a.A. *Kropholler-v. Hein* aaO Rz. 9). Der mit Schriftsatz vom 29.1.2016 im Zusammenhang mit Art. 321 grZGB vorgetragene gegenläufige Standpunkt des Kl., für die Bestimmung des Erfüllungsorts und somit des daran anknüpfenden Gerichtsstands komme es auf den (Wohn-)Sitz der Person an, die zum Zeitpunkt der Fälligkeit der Anleihe deren Gläubiger sei, ist mit dem der EuGVO a.F. zugrunde liegenden Grundsatz der Vorhersehbarkeit des Gerichtsstands nicht zu vereinbaren (zutreffend OLG Oldenburg aaO Rz. 35; *Gebauer* aaO 435).

(bb) Da die dispositive Vorschrift des Art. 321 grZGB aus den vorstehend ausgeführten Gründen hier keine Anwendung findet, kann dahinstehen, ob Gläubiger im Sinne der vorbezeichneten Vorschrift der Gläubiger zum Zeitpunkt der Fälligkeit der Staatsanleihen ist oder ob aus dem im 11. Erwgr. zur EuGVO a.F. dokumentierten Postulat der Vorhersehbarkeit eines Gerichtsstands folgt, dass selbst dann, wenn die maßgebliche *lex causae* – wie etwa Art. 321 grZGB – für den Erfüllungsort auf Umstände in der Person des Gläubigers abstellt, die Zuständigkeitsanknüpfung etwa durch Zession nachträglich nicht verändert werden kann und allein die in der Person des ursprünglichen Gläubigers liegenden Umstände maßgebend sind, so dass vorliegend auf den am Girosystem der griechischen Zentralbank teilnehmenden Ersterwerber der Staatsanleihen abzustellen wäre (vgl. OLG Oldenburg aaO Rz. 35 ff.).

cc) Schließlich begründet vorliegend auch Art. 5 Nr. 3 EuGVO a.F. keine Zuständigkeit deutscher Gerichte. Dem – hilfsweise – geltend gemachten Schadensersatzanspruch, der als ein solcher aus ‚unerlaubter Handlung‘ im Sinne dieser Vorschrift in Betracht käme, steht bereits der Einwand der Staatenimmunität entgegen, so dass er – wie ausgeführt – schon nicht der deutschen Gerichtsbarkeit unterfällt.

c) Da unter den vorstehend ausgeführten Umständen die Zuständigkeit deutscher Gerichte nicht gegeben ist, bleibt der in der Berufungsinstanz gestellte Hilfsantrag auf Verweisung des Rechtsstreits an das LG Frankfurt a.M. ohne Erfolg. Es kann daher dahinstehen, ob auf die Hauptniederlassung der E AG abgestellt werden kann, wenn diese – wie nach dem eigenen Vorbringen des Klägersvertreters in der mündlichen Verhandlung vom 28.4.2016 im vorliegenden Fall geschehen – die Staatsanleihen (allenfalls) über eine Niederlassung in Griechenland erworben hat.

4. Ebenfalls ohne Erfolg bleibt schließlich die in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat abgegebene und einseitig gebliebene Teil-Erledigungserklärung des Kl., die eine nach § 264 Nr. 2 ZPO privilegierte Klageänderung darstellt und für diesen Fall den Antrag umfasst, festzustellen, dass sich der Rechtsstreit in der Hauptsache erledigt hat (vgl. nur BGH, Urt. vom 7.6.2001 – I ZR 157/98, NJW 2002, 442 m.w.N.). Dies ändert vorliegend nichts daran, dass die Berufung zurückzuweisen ist, weil die Klage in der Hauptsache von vornherein unzulässig war und daher eine (teilweise) Erledigung nicht stattgefunden hat.“

**242.** *Die Europäische Patentorganisation genießt zur Ausführung ihrer Aufgaben beziehungsweise im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit Immunität und ist insoweit von der deutschen Gerichtsbarkeit freigestellt. [LS der Redaktion]*

LAG München, Urt. vom 30.6.2016 – 2 Sa 167/15: Unveröffentlicht.

[Das vorgehende Urteil des ArbG München vom 13.1.2015 – 16 Ca 2864/14 – wurde bereits im Band IPRspr. 2015 unter der Nr. 188 abgedruckt. Die Nichtzulassungsbeschwerde – 1 AZN 847/16 – wurde vom BAG verworfen.]

Die Parteien streiten über Maßnahmen der Bekl. (Europäische Patentorganisation), der aktuell 38 Mitgliedstaaten angehören, im Zusammenhang mit der Einführung von neuen Regelungen zu Streiks und unbefugtem Fernbleiben vom Dienst, zur Anerkennung der Kl. als gewerkschaftliche Interessenvertretung von Bediensteten des EPA und zu Regelungen zum Versand von E-Mails. Den Streitthemen ist die Frage vorgelegt, ob deren Klärung überhaupt der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegt.

Aus den Gründen:

„I. Die Berufung ist zulässig ...

Für die Zulässigkeit der Berufung ist es unerheblich, ob die deutsche Gerichtsbarkeit gegeben ist, denn diese Frage betrifft die Zulässigkeit der Klage, die erst im Rahmen der Begründetheit der Berufung zu prüfen ist ...

II. Die Berufung ist unbegründet, weil das ArbG die Klage zu Recht für unzulässig angesehen und angenommen hat, dass sich die Klageanträge auf Maßnahmen beziehen, hinsichtlich derer die Bekl. Immunität genießt. Der Rechtsweg zu den nationalen Gerichten, hier zu den Gerichten der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit, ist – wie ebenfalls vom ArbG zu Recht ausgeführt – auch nicht deshalb eröffnet, weil es andernfalls an einem Mindeststandard des Schutzes von Menschenrechten und deren prozessualer Absicherung fehlen würde. Da die Kl. den internen Beschwerdeweg und den Klageweg zum ILOAT nicht beschritten hat, steht die Unmöglichkeit, im von der Bekl. geschaffenen Rechtsschutzsystem rechtliches Gehör zu erhalten, nicht fest. Die Angriffe der Kl. gegen die Begründung des ArbG führen zu keinem vom ArbG abweichenden Ergebnis.